

Antrag:

Inklusion in NRW muss jetzt evaluiert werden:

Wir, die Lehrkräfte, fühlen uns mit den Aufgaben, die durch inklusive Beschulung neu hinzukommen, von der Landesregierung allein gelassen. Waren die Belastungen für Lehrer vor der Inklusion schon sehr hoch, so befinden sich die betroffenen Kollegen jetzt am Rande der zumutbaren Grenzen. Wenn die Inklusion in NRW weiter in einem solchen Tempo durchgesetzt wird, sehen wir das Wohlergehen aller am Prozess Beteiligten ernsthaft gefährdet. Als Lehrer ist es unsere Pflicht auf Defizite im Inklusionsprozess aufmerksam zu machen. Daher stellen wir die folgenden Forderungen, um nicht nur die Gesundheit unserer Kollegen zu schützen, sondern vor allen Dingen das Wohlergehen aller beteiligten Kinder zu wahren. Folgende Anforderungen müssten erfüllt sein, damit Inklusion zum Wohle aller umgesetzt werden kann:

1. Inklusion ist nur mit entsprechenden personellen Ressourcen möglich. Inklusion im Regelschulsystem benötigt ausreichende Lehrerstunden (mindestens Doppelbesetzungen), Einsatz von Förderschullehrkräften, Team- und Beratungsstunden, Entlastungsstunden für Klassenlehrkräfte, eine pädagogisch vertretbare Lehrer/Schüler-Relation und zusätzliche spezialisierte Kräfte.
2. Weiterhin ist eine differenzierte Lehrerausbildung zwingend erforderlich. Die Vorstellung, alle Lehrkräfte könnten zu Spezialisten der Inklusion ausgebildet werden, ist realitätsfremd.
3. Auch Einzelfallhelfer müssen qualifiziert ausgebildet werden und dann im immer größeren Umfang zur Verfügung stehen.
4. Inklusion erfordert zusätzlich zu den Ressourcen mehr Freiräume für eigenverantwortliches Handeln in Fragen der Schulorganisation, des Personaleinsatzes und der Profilbildung der jeweiligen Schule.
5. Förderschulen müssen erhalten bleiben, denn die Inklusion eines jeden Kindes mit Behinderung in den Regelbereich ist nicht immer zielführend. So kann für viele Kinder eine gemeinsame Beschulung förderlich sein, .aber eben nicht für alle. Außerdem muss eine Wahlmöglichkeit erhalten bleiben, denn viele Eltern wollen ausdrücklich einen geschützten Raum für ihre Kinder. Den können die Förderschulen mit ihrem geschulten Personal und ihren speziellen Förderschwerpunkten bieten.
6. Es müssen deutlich mehr Förderschullehrer ausgebildet werden, um die inkludierten Kinder bestmöglich betreuen zu können. Dabei muss auch beachtet werden, dass Förderschullehrer Spezialisten sind und somit nicht alle Förderschwerpunkte abdecken können.

7. Insgesamt müssen verlässliche, stabile personelle Ressourcen geschaffen werden, durch die eine systemische Zuweisung zur individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit ihren besonderen Bedürfnissen und Fähigkeiten möglich wird. Wer die Qualität der bisherigen Förderung beibehalten (oder sogar steigern) will, muss massiv ins Personal investieren.

8. Die Feststellung des Sonderpädagogischen Förderbedarfs muss wieder kurzfristiger, unkomplizierter und zeitlich flexibler möglich sein, damit man den betroffenen Kindern schnellstmöglich die bestmögliche Unterstützung zukommen lassen kann.

9. Die technische, bauliche und sächliche Ausstattung der Schulen muss auf die Bedürfnisse der jeweiligen inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, Fachkräfte und der jeweiligen Förder-, Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen angepasst werden.

10. Angehende Lehrer und Erzieher in ihren Ausbildungen müssen bzgl. Inklusion in der Tiefe und ab sofort intensiv geschult werden. Eine Verkürzung der Lehrerausbildung sehen wir als kontraproduktiv an, denn die Herausforderungen an die jungen Lehrer werden immer größer.

Wir sind überzeugt, dass die Inklusion in NRW dringend einer intensiven Evaluation bedarf, zu der alle Beteiligten gehört werden müssen und die frei von ideologischen Befindlichkeiten sein muss.

Abschließend ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass die Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung der Inklusion auftreten, nicht - wie so häufig behauptet-, mit der mangelhaften Haltung der Lehrer/innen dem neuen Aufgabenbereich gegenüber zusammenhängen, sondern die Folge der völlig unzureichenden Rahmenbedingungen sind.